



„Bei aller Grundsympathie für Frau Merkel, diese Erschöpfung ist nicht nur eine persönliche, sondern ist eine politische Erschöpfung.“

Grünen-Chef Robert Habeck

„Ich will nicht verhehlen, dass ich mich freue, dass ich jetzt ein paar Tage Urlaub habe und etwas länger schlafen kann.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer traditionellen Sommerpressekonferenz. Ihre diesjährige Urlaubsdestination verrät sie nicht

Merkel sieht Stellung der USA als Supermacht schwinden

BERLIN (dpa). Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht in den USA unter Präsident Donald Trump keinen verlässlichen Partner mehr, will aber trotzdem um die transatlantische Partnerschaft kämpfen. Die Zusammenarbeit mit den USA sei weiter „zentral für uns“, sagte Merkel am Freitag auf ihrer Sommer-Pressekonferenz in Berlin. „Ich werde sie auch weiter pflegen.“ Ihr Eindruck, dass die USA kein ganz verlässlicher Partner mehr seien, verfestigte sich aber weiter.

„Wir (können) uns nicht einfach auf die Ordnungsmacht und Supermacht Vereinigte Staaten von Amerika verlassen“, sagte Merkel. „Das, was wir für viele Jahrzehnte für ganz natürlich gehalten haben, nämlich dass die Vereinigten Staaten von

Amerika sich als Ordnungsmacht für die ganze Welt verstehen, im Guten und im Schlechten, das ist nicht mehr für die Zukunft so gesichert.“

Als Konsequenz müsse Europa mehr Verantwortung übernehmen, unter anderem bei der militärischen und politischen Konfliktlösung in der Nachbarschaft, also im Mittleren und Nahen Osten sowie in Afrika. „Das fordert Europa heraus“, sagte Merkel. Die Europäische Union sei in einem Transformationsprozess und erkenne den Ernst der Lage an. „Aber es ist noch nicht entschieden, ob wir den Herausforderungen schnell genug gerecht werden.“ Trump hatte während seiner Europareise die EU als „Gegner“ bezeichnet.

Salvini plant im Hinblick auf EU-Wahlen Populisten-Allianz



Selfie von Strache und Salvini in Rom.

Screenshot FPÖ

ROM (APA). Italiens Innenminister und Chef der Lega Matteo Salvini plant im Hinblick auf die EU-Parlamentwahlen im kommenden Frühjahr eine Allianz von Europas populistischen Parteien. Dieser Allianz soll laut Salvini auch die FPÖ angehören.

„Die nächsten EU-Parlamentwahlen werden von wesentlicher Bedeutung sein. Europa wurde bisher stets aufgrund eines Abkommens aus Sozialisten und EVP regiert. Ich will die Parteien vereinen, die

die neue Mehrheit im EU-Parlament bilden werden, die Parteien in Österreich, den Niederlanden, in Schweden, Frankreich und Deutschland“, sagte Salvini im Interview mit der US-Tageszeitung „Washington Post“.

Als Populist bezeichnet zu werden, sei für ihn ein Kompliment, sagte Salvini. „Wir hegen die Vision eines anderen Europas, in dem jedes EU-Mitglied die Freiheit haben soll, die eigene Wirtschaftspolitik zu entscheiden“, sagte der italienische Vizepremier.

Merkel gibt die Anti-Trump

PRESSEKONFERENZ: Kanzlerin stellt sich vor Urlaub betont gelassen den Medien – Kritik an Verrohung

VON ANDREAS RINKE

BERLIN/WASHINGTON (APA/Reuters). Als Angela Merkel am Freitag den Saal der Bundespressekonferenz betritt, erwartet sie das gewohnte Bild: Schon 23 Mal wurde sie von Hunderten Journalisten empfangen, die testen wollen, ob die deutsche Kanzlerin politisch angeschlagen ist und Schwäche zeigt. Und nach dem heftigen Streit mit der CSU ist die Spannung diesmal besonders groß.

Schließlich hatten politische Magazine noch vor wenigen Wochen die Endzeit von Merkels Kanzlerschaft eingeläutet. Und schließlich hat US-Präsident Donald Trump sie zu einer Art Lieblingsfeind erklärt. Aber dann kommt alles anders: In betonter Ruhe versucht Merkel zu zeigen, dass alle Angriffe – egal ob aus Bayern, Washington oder von Journalisten – an ihr abprallen. Die 38 Fragen werden zu einem politischen Pingpong-Spiel, bei dem sie ihre Antworten betont ruhig zurückspielt.

Fragen nach ihrer Erschöpfung oder Rücktrittsüberlegungen im Streit mit Deutschlands Innenminister Horst Seehofer wischt sie beiseite und setzt ihr Pokergesicht auf. Das führt dazu, dass Merkel sogar gefragt wird, ob sie dann vielleicht sogar darüber nachdenke, bei der Bundestagswahl 2021 noch ein fünftes Mal anzutreten – was sie allerdings nicht beantwortet. Aber der eigentliche Kontrast entsteht zum US-Präsidenten, der ausgerechnet noch während der laufenden Pressekonferenz ankündigt, dass er an US-Strafzölle für chinesische Güter im Wert von 500 Milliarden Dollar denke. Damit ist das Rollenbild klar: Dort der Eskalationen liebende Spie-



Kanzlerin Angela Merkel stellt sich den Fragen der Journalisten.

APA/afp/TOBIAS SCHWARZ

ler, hier die betont rationale, ruhige Kanzlerin, die lieber an Win-win-Situationen denkt, wie sie immer wieder betont.

„Seht her, hier sitze ich in aller Gelassenheit und Machtfülle.“

Angela Merkel gibt sich betont gelassen

Nein, die Wortwahl „Feind“ mache sie sich nicht zu eigen, antwortet Merkel auf die Frage nach Trumps Beschimpfungen in Richtung EU. Dafür betont sie lieber, dass trotz des Streits die transatlantischen Beziehungen so wichtig seien, dass es sich eben lohne, mit Washington über Lösungen zu streiten. Je souveräner die Kanzlerin sich gibt, umso absurder wirkt Trumps Bemerkung, dass Merkel massiv geschwächt sei – deren persönliche Umfragewerte

auch nach 13 Jahren Amtszeit immer noch hoch sind. Sie kokettiert mit ihrer Arbeit und erwähnt nur, dass sie sich im Urlaub darauf freue, etwas länger zu schlafen. „Zu tun ist jedenfalls genug.“ Fragen nach ihrer Urlaubsdestination lässt sie diesmal unbeantwortet. Auch dieses Understatement der seit Monaten unter Hochdruck arbeitenden Kanzlerin ist das Gegenteil zum großspurigen, golfspielenden „stabilen Genie“ im Weißen Haus, den sie kein einziges Mal namentlich erwähnt.

Bei Trumps Amtsantritt hatte sich Merkel noch dagegen gewehrt, dass sie in US-Medien als letzte Anführerin der liberalen, freien Welt gepriesen wurde. Aber je stärker Trump die Axt an die internationale Ordnung anlegt, desto mehr wirkt Merkels betont unaufgeregte Art wie der Gegenentwurf – zumal sie auch noch vor einer „Verrohung“ der politischen Sprache warnt. Das zielt zwar vor allem auf die An-

griffe der CSU in der Flüchtlingskrise. Aber wohl jeder im Raum denkt automatisch auch an den US-Präsidenten.

Auch die Orientierung an Sachlichkeit und Fakten sei ihr sehr wichtig, betont Merkel, „weil ich glaube, dass es zwischen Denken, Sprechen und Handeln einen ziemlich engen Zusammenhang gibt“. Das ist eigentlich ein Frontalangriff auf das System Trumps – aber Merkel wird an keiner Stelle persönlich.

Dass sie gerade eine Regierungskrise hinter sich hat, die die Union nach Ansicht von Wolfgang Schäuble „an den Rand des Abgrunds“ gebracht hatte, leugnet Merkel dabei gar nicht – was angesichts der schlechten Umfragewerte von CDU und CSU auch kaum möglich wäre. „Das haben wir uns selbst zuzuschreiben“, betont sie.

Alle Rechte vorbehalten

BILDER auf abo.dolomiten.it

EUROPA-SPLITTER

Die Sharing Economy am Prüfstand

KOOPERATIVE WIRTSCHAFT: EU-Kommission prüft Airbnb auf Verbraucherschutz

In der besten Urlaubszeit knüpfte sich die EU-Kommission diese Woche einen wichtigen Akteur im Urlaubswesen vor: Airbnb. Der Firmennamen steht für Airbed and breakfast – also Luftmatratze und Frühstück. Das Unternehmen wurde in Kalifornien gegründet und vermittelt Unterkünfte. Und zwar über eine Online-Plattform. Damit ist Airbnb ein klassischer Vertreter der „Plattformwirtschaft“ – ein Teil der sogenannten „sharing economy“, bei der Menschen Güter und Dienstleistungen teilen.

Freilich geht es hierbei nicht mehr nur um den Mann und die Frau von der Straße, die mal eben etwas mit anderen teilen wollen. Auch auf Airbnb tummeln sich viele gewerbliche Anbieter von Zimmern, Wohnungen und Häusern. Mittlerweile werden auch Büroflächen vermittelt. Nach Angaben von Airbnb wurden über die Plattform in den ersten 4 Jahren mehr als 10 Millionen Übernachtungen gebucht. Über 4



Die neue Dynamik des Teilens zeigt sich vor allem beim Übernachten: Portale für Privatwohnungen wie Airbnb boomen.

APA/dpa/Jens Kalaene

Millionen Inserate aus über 190 Ländern stehen zum Angebot. Auf seiner Website vertritt das Unternehmen seine Gründungsphilosophie: „Eine globale Community, die magische Reiseerlebnisse anbietet“, auch um „Millionen von Menschen wirtschaftlich zu stärken, indem sie ihr Zuhause oder auch ihre Leidenschaft, Interessen und Lieblingsorte mit anderen teilen können und sich so etwas Geld dazuverdienen“.

Die EU-Kommission hat Airbnb ein Schreiben zugestellt

in dem sie eine andere Sicht der Dinge präsentiert. Sie ist der Ansicht, dass die Preisangaben und einige Geschäftsbedingungen von Airbnb nicht mit EU-Vorschriften wie etwa der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken oder der Richtlinie über missbräuchliche Vertragsklauseln vereinbar sind. Insbesondere soll Airbnb auf seiner Website die Preise künftig so präsentieren, dass der Verbraucher in allen Fällen, in denen Unterkünfte angeboten werden, den Gesamtpreis einschließlich aller ver-

bindlichen Gebühren und Abgaben, z. B. für Dienst- und Reinigungsleistungen, einsehen kann. Airbnb soll eindeutig angeben, ob die Unterbringung von einem privaten oder einem gewerblichen Betreiber angeboten wird. Dies deshalb, weil der Verbraucherschutz in beiden Fällen sehr unterschiedlich ausfällt.

Des Weiteren soll sich Airbnb an die EU-Verordnung über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten halten und auf seiner Website einen leicht zugänglichen Link zur Plattform zur Online-Streitbeilegung angeben und alle erforderlichen Informationen bereitstellen. Bis Ende August soll Airbnb Lösungsvorschläge unterbreiten. Gemäß einer Eurostat-Umfrage aus dem Jahr 2006 hat die Hälfte der Europäer von kollaborativen Plattformen gehört, und ein Sechstel gab an, solche auch zu nutzen. Die Vermietung von Unterkünften ist eindeutig die stärkste Branche der Plattformwirtschaft.

Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Die EU geht gegen Airbnb, Google und Uber vor. Ist das der juristische Schatten der neuen transatlantischen Spannungen?

Gabriel N. Toggenburg: Donald Trump mag das so sehen. Aber die Welt ist komplexer, als ein Tweet erlaubt.

„D“: Worum geht es denn dann?

Toggenburg: Nicht um transatlantische Politik. Aber sehr wohl um eine gesellschaftspolitische Frage. Wie sollen wir mit der neuen Plattformwirtschaft umgehen?

„D“: Was ist die Ansicht der EU?

Toggenburg: Dazu hat die EU-Kommission bereits im Sommer 2016 eine lesenswerte „Agenda für die kollaborative Wirtschaft“ publiziert. Der neue Wirtschaftszweig hat Potenzial

für die Steigerung von Wachstum. Auch von Wettbewerbsfähigkeit. Und er bietet neue Beschäftigungsformen. Die Kommission sagt deutlich, dass all dies nicht mit einer neuen Regelwelt erdrückt werden soll. Gleichzeitig fiel etwa das EuGH-Urteil zu Uber Ende letzten Jahres ungünstig für Uber aus.

„D“: Wo ist denn das Problem?

Toggenburg: Die sog. „shared economy“ verwischt die Grenzen zwischen Verbraucher und Anbieter. Zwischen Beschäftigten und Selbständigen. Es ist nun mal ein Unterschied, ob jemand im Sommer seine Wohnung anbietet, weil er selbst in den Urlaub fährt, oder ob ein Unternehmer 400 Wohnungen permanent über eine derartige Plattform vermietet. Das Gleichheitsprinzip muss gewahrt werden. Und die „shared economy“ darf nicht zum Vorwand werden, staatliche Normen im Sozial- oder Konsumentenschutz zu umgehen.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.